



Bundestags- brief

Nr. 191 • Die Woche im Bundestag • 29.04.2016



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Erinnerung und Aufarbeitung der SED-Diktatur sensibel weiterentwickeln

Für viele Menschen in unserem Land ist die Diktatur der SED noch immer sehr präsent. Sie wurden verfolgt, bespitzelt, inhaftiert und - wie das die Staatssicherheit zynisch betitelte - in staatlicher Planung regelrecht „zersetzt“.

Der Erinnerung und Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur sind auch mehr als 25 Jahre nach dem Ende der DDR und der friedlichen Wiedervereinigung von großer Bedeutung.

Es ist vor allem das Verdienst der Bürgerrechtsbewegungen in der DDR, dass mit dem Ende der DDR nicht auch die Beschäftigung mit dem Unrecht endete. Es waren Bürgerrechtler, die die Aktenbestände der Stasi gesichert und mit Recht darauf gedrängt haben, dass ihre Auswertung nicht nur die Sache der historischen Forschung bleibt, sondern vielmehr einem jeden Bürger die Chance gewährt wird, zu erfahren, ob und in welchem Ausmaß er vom Staat bespitzelt und überwacht wurde.

Die Gründung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) war ganz wesentlich mit dieser Zielsetzung verbunden. Mehr als 3 Millionen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben seit der Einrichtung der BStU im Jahr 1990 von der Möglichkeit der Akteneinsicht Gebrauch gemacht. Im Jahr 2015 lag die Zahl der Anträge auf Einsicht bei über 60.000, wovon mehr als 37.000 Erstanträge waren.

Das zeigt, dass die Einrichtung der BStU ein richtiger und wichtiger Schritt für kollektive, aber auch höchst individuelle Aufarbeitung der SED-Diktatur war.

Nach mehr als 25 Jahren des Bestehens der BStU hat der Deutsche Bundestag eine Kommission eingesetzt, die nun Vorschläge zur langfristigen Gestaltung ihrer Zukunft gemacht

hat. Am vergangenen Mittwoch hat der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung mit Experten die Empfehlungen der Kommission erstmalig beraten.

Mir ist besonders wichtig, dass die Kommission sich ganz klar dafür ausgesprochen hat, den Zugang zu den Stasi-Akten, insbesondere für die Opfer der SED-Diktatur, in vollem Umfang auch in Zukunft zu erhalten. Das ist ein wichtiges Zeichen an all jene Menschen, die unter der Diktatur der SED über Jahrzehnte gelitten haben. Ihr Recht auf Einsicht und Auskunft soll erhalten bleiben. Diejenigen, die den Machtanspruch der DDR in Frage gestellt haben, sollen nicht in Vergessenheit geraten. Der Erinnerung an den Widerstand gegen die SED-Diktatur und der Aufarbeitung des Unrechts hat sich auch die Robert-Havemann-Gesellschaft verschrieben. In der Erinnerung an einen der bekanntesten Regimekritiker der DDR wurde die Gesellschaft im November 1990 von der Bürgerbewegung Neues Forum als politischer Bildungsverein gegründet. Sie dokumentiert und vermittelt die Geschichte und Erfahrungen von Opposition und Widerstand in der DDR und kann dabei auf 500 laufende Meter Archivbestand zurückgreifen, der die Geschichte des DDR-Widerstands in einmaliger Form dokumentiert.

Mit vielfältigen Publikationen, Veranstaltungen und Ausstellungen trägt die Havemann Gesellschaft dazu bei, die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und die Erinnerung an Opposition und Widerstand in der DDR im öffentlichen Bewusstsein lebendig zu halten. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass der Bund und Berlin eine Übereinkunft getroffen haben, um die Robert-Havemann-Gesellschaft endlich auf meinen Vorschlag hin in eine institutionelle Förderung zu überführen und ihre wertvolle Arbeit damit langfristig zu sichern.

Koalition arbeitet effektiv zusammen

In einer guten Atmosphäre haben die Geschäftsführenden Vorstände der beiden Koalitionsfraktionen in der vergangenen Woche während ihrer Klausurtagung in Rust wichtige Entscheidungen getroffen:

- Innere Sicherheit weiter verbessern: Hier stand der Kampf gegen den Terror, gegen Sextäter und organisierte Einbrecherbanden auf der Tagesordnung.

Gerade gegen Einbrecher kann viel durch eine verbesserte Sicherung der eigenen vier Wände getan werden. 40 % aller Einbrüche werden abgebrochen, weil die Täter nicht schnell genug in Wohnung oder Haus eindringen können. Wir stellen für die Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung weitere 50 Mio. Euro pro Jahr bereit. Damit verfünffachen wir die bisher vorgesehenen 10 Mio. Euro pro Jahr für das KfW-Programm.

Wir müssen aber nicht nur den passiven, sondern auch den aktiven Einbruchsschutz verbessern: Wir brauchen mehr Polizeipräsenz, hier sind die Länder gefordert.

- Mobilität der Zukunft: Der technologische Fortschritt macht vieles möglich, was bis vor kurzem noch unglaublich schien: Das automatische Fahren, die Vernetzung von Verkehrswegen oder die Elektromobilität. Wir bauen auf die Innovationskraft der deutschen Automobilhersteller, die von entscheidender Bedeutung ist, wenn auch das Automobil der Zukunft aus Deutschland kommen soll. Dabei sind wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen und Energiekosten eine wesentliche Voraussetzung, um die Attraktivität des Standorts Deutschland zu erhalten. Wir setzen vor allem auf eine gute Infrastruktur für Ladestellen.

- Europa: Gast war der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, dessen Land derzeit den EU-Ratsvorsitz hat. In unserem Europa-Papier haben wir unsere Linie in der Flüchtlingskrise dargelegt.

Um die Zahl der Flüchtlinge nachhaltig zu reduzieren, müssen Außengrenzen konsequent geschützt werden, auch um den Schleusern das Handwerk zu legen.

Gesetz und Recht müssen an den EU-Außen- und Binnengrenzen zur Anwendung gebracht werden. Auch zur Rolle der Türkei haben wir eine klare Haltung formuliert. Das Land hat eine strategische Bedeutung für Europa und in der Nato.

Ob und wie sich die Beziehungen der EU zur Türkei verändern, ob die angedachten Visaerleichterungen zugestanden werden können, richtet sich nach den eindeutig beschriebenen Voraussetzungen, die die Türkei erfüllen muss. Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ignorieren wir nicht, sondern sprechen sie an.

- Fluchtursachen bekämpfen: Die Gründe für Flucht nach Europa und Deutschland sind vielfältig, daher ist eine langfristig strukturbildende Entwicklungspolitik notwendig.

Unser Ziel ist es, den Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive zu bieten und z.B. wettbewerbsfähige Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Entscheidend ist, dass Maßnahmen der Fluchtursachenbekämpfung und Krisenprävention und -bewältigung angemessen ausgestattet und konsequent realisiert werden.

Deutsche Wirtschaft wächst weiter – Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau

Die deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig. Die Bundesregierung hält an ihrer positiven Prognose fest und erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 Prozent im Jahr 2016 und 1,5 Prozent im Jahr 2017.

Ausschlaggebend für das erneute Wachstum ist vor allem die starke Binnennachfrage. Sie führt auch zu einem insgesamt besser austarierten Wachstum und sorgt gleichzeitig bei unseren Handelspartnern für positive Impulse.

Ebenso profitiert davon der deutsche Arbeitsmarkt, der sich weiterhin sehr gut entwickelt und den positiven Trend fortsetzt. So erwartet die Bundesregierung für 2016 einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 480.000 Personen und im nächsten Jahr um 350.000 Personen auf das Rekordniveau von 43,9 Millionen Erwerbstätigen.

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)